

Noch nicht genehmigt!



EINWOHNERRAT

Protokoll

der 9. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 26. April 2017
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerat: Vorsitz Philippe Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann (Entschuldigt)
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger Sonjic, Andreas Bammatter, Nicolas Chapuis, Julia Gosteli, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister-Goop, René Imhof, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Simon Maurer, Jérôme Mollat, Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella-Klauser, Henry Vogt, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Rolf Adam, Mirjam Benz, Barbara Grange, Markus Gruber, Patrick Lautenschlager, Maya Meisel, Niklaus Morat, Semra Wagner

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.30 Uhr 32 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

Fix 18.00 Uhr: Präsentation Zwischenstand „Räumliches Entwicklungskonzept“ (REK) durch Beat Suter, Geschäftsleiter Metron Raumentwicklung AG

1. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat der Sekundarschule**, für den zurückgetretenen Bruno Gadola, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020) Geschäft 4327

2. Bericht des Gemeinderates vom 23.11.2016, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 03.02.2017, betreffend **Quartierplanung „Winzerweg“ inkl. Zonenplan Siedlung, Mutation Parzelle C961**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4316 / A

3. Bericht des Gemeinderates vom 01.02.2017, sowie Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 31.03.2017, betreffend **Neukonzeption und Realisierung des Heimatmuseums Allschwil – Sondervorlage**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4318 / A

4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.02.2017, betreffend **„Fall Stiftung Tagesheime“**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel Geschäft 4329

5. Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 09.11.2016, betreffend **Telefonkosten in den Kindergärten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4317

6. Motion im Namen der Fraktionen CVP, EVP/GLP/Grüne und SVP, vom 02.02.2017, betreffend **Flugverkehr vom EuroAirport Basel-Mulhouse über Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4326

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 9 vom 26. April 2017

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Philippe Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Philippe Adam, Präsident: Ich begrüsse alle zur heutigen Ratssitzung. Als Anliegen des Büros teile ich mit: Es wäre super, wenn wir heute Abend mindestens bis Traktandum 4 gelangen würden; dann könnten wir eventuell die im Mai vorgesehene Zusatzsitzung streichen. Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen, Postulate oder Motionen vor. Ich komme zu den übrigen Vorstössen: Es ist eine Interpellation von Julia Gosteli und eine solche der SVP/SP-Fraktion hereingekommen. Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich beantrage, das Traktandum 1 abzusetzen. Es ist bis jetzt keine Kandidatur bekanntgegeben worden. Da es sich um ein verantwortungsvolles Exekutivamt handelt, sollte nicht jetzt einfach ein Name in die Runde geworfen werden, sondern wir sollten uns zuerst ein Bild machen können, wer portiert wird.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe vergessen, das entsprechende Mail zu versenden, das tut mir leid. Wir schlagen Patrick Lautenschlager vor, den wir alle kennen. Er sitzt im Einwohnerrat und war auch Kandidat für den Gemeinderat. Wenn Ihnen das nicht ausreicht, können wir die Wahl auch verschieben.

Philippe Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Herrn Häuptli ab.

://:

Der Antrag, Traktandum 1 abzusetzen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Philippe Adam, Präsident: Ich stelle fest, dass Ihnen die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Gibt es weitere Änderungsanträge? – Das ist nicht der Fall. Die Traktandenliste ist damit genehmigt. Wir kommen zuerst zur Präsentation Zwischenstand „Räumliches Entwicklungskonzept“ (REK) durch Herrn Beat Suter, Geschäftsleiter Metron Raumentwicklung AG.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat möchte Ihnen im Sinne einer offenen und transparenten Kommunikation heute Abend einen ersten Zwischenstand des räumlichen Entwicklungskonzepts REK präsentieren. Dazu haben wir den externen Projektleiter, Herrn Beat Suter von der Metron Raumentwicklung AG eingeladen. Er wird Ihnen heute über die Analysen und Thesen berichten und darüber, wie wir weiter zu verfahren gedenken. Im Anschluss wird Gelegenheit zu kurzen Fragen sein, aber eine längere Diskussion ist heute nicht vorgesehen. Sie alle haben natürlich die Möglichkeit, sich an einem Mitwirkungsverfahren zu beteiligen, das die Gemeinde im Herbst durchführen wird.

Beat Suter, Geschäftsleiter Metron Raumentwicklung AG: Vielen Dank zuerst für die uns heute gebotene Möglichkeit, einen Zwischenbericht zu dem Raumkonzept zu geben, an dem wir arbeiten. Es handelt sich um eine sehr spannende Aufgabe, und ich denke, auch für die Gemeinde Allschwil wird dies eine neue Planungsgrundlage geben, die sehr zukunftsweisende Aussagen machen wird. Das Raumkonzept beschäftigt sich mit einem Zeithorizont von 15–20 Jahren und hat also eine Langfristperspektive. Es geht also nicht um etwas, das man von einem Tag auf den anderen umsetzen soll, sondern es soll eine langfristige Strategie beschreiben. Was ich Ihnen heute präsentiere, ist ein Zwischenbericht, der noch weiter ausgearbeitet wird. Im Herbst soll eine breiter angelegte öffentliche Mitwirkung stattfinden, von der wir uns weitere Feedbacks erhoffen. Es haben aber auch schon Diskussionen zu den ersten Entwürfen stattgefunden, es gab auch schon öffentliche Veranstaltungen und es gibt Begleitgremien, die mit uns zusammen die Entwürfe definiert haben.

[Auf die wörtliche Protokollierung der Ausführungen von Beat Suter wird verzichtet. Die PowerPoint-Präsentation, auf die er sich in seinem Referat bezieht, ist diesem Protokoll angehängt.]

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine Frage zur Velo-Schnellachse: Sehen Sie ein Potenzial, dass hier eine Verkehrslösung, vor allem in Kooperation mit Basel-Stadt, gefunden werden könnte?

Beat Suter, Geschäftsleiter Metron Raumentwicklung AG: Wir sehen hier ein Potenzial. Eine Velo-Schnellachse ist entlang dem Hegenheimermattweg vorgesehen als separat geführter, ausreichend breiter Velokorridor. Dort ist ja eine der längsten Geraden, die es in der Schweiz gibt, sodass die Beschleunigungsmöglichkeit für das Velo nach oben nicht begrenzt ist. Was aus unserer Sicht ebenfalls wichtig ist, ist die Verlängerung der Parkallee, die verschiedene Gebiete, Arbeitsplatz- und Wohngebiete, miteinander verbinden kann.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Vielen Dank für die Informationen bezüglich Parkallee. Ich hatte immer grosse Angst gehabt, weil die Parkallee in einem uralten Plan als Verbindungsweg nach Frankreich eingezeichnet war. Dreimal haben wir bereits in der Stadt Allschwil darüber abgestimmt, dass es keinen Durchstich mehr geben kann für einen Schnellzubringer Elsass-Basel. Ich bin sehr froh, dass Sie das jetzt formuliert haben als Velo- und Fussgängerpassage für den Langsamverkehr. Mit allem anderen würden wir sehr viele Zuzüger aus den letzten zehn Jahren massiv erschrecken.

Philippe Adam, Präsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Wir fahren mit der Traktandenliste fort. Ich bedanke mich bei Beat Suter. – Herzlich begrüssen möchte ich heute Abend im Einwohnerrat unseren neuen Gemeindeverwalter Patrick Dill.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule,
für den zurückgetretenen Bruno Gadola, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020), Geschäft 4327

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es Wahlvorschläge gibt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wie schon erwähnt, nominieren wir Patrick Lautenschlager. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals für die unterbliebene Vorab-Information entschuldigen.

Philippe Adam, Präsident: Gibt es noch weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich frage daher an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist auch nicht der Fall.

://:

Patrick Lautenschlager ist in stiller Wahl als Mitglied des Schulrats der Sekundarschule für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 23.11.2016, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 03.02.2017, betreffend Quartierplanung „Winzerweg“ inkl. Zonenplan Siedlung, Mutation Parzelle C961, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4316 / A

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob neue Aspekte oder Diskussionen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir direkt zur zweiten Lesung. Ich übergebe das Wort an den zweiten Vizepräsidenten, der die Paragraphen verliest.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident:

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung (S. 1)
keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung (S. 2)
keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung (S. 3)
keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten (S. 5)
keine Wortmeldung

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes (S. 7)
keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung (S. 9)
keine Wortmeldung

§ 7 Ver- und Entsorgung (S. 10)
keine Wortmeldung

§ 8 Lärmschutz (S. 11)
keine Wortmeldung

§ 9 Realisierung / QP-Vertrag (S. 11)
keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen / Ausnahmen (S. 12)
keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen (S. 13)
keine Wortmeldung

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident: Ich entschuldige mich. Ich hätte zuerst zu Wortmeldungen zum Quartierplan aufrufen müssen.

Es gibt keine Wortmeldung.

Philippe Adam, Präsident: Wir kommen zum Mutationsplan.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident:

Mutation Parzelle C961
keine Wortmeldung

Philippe Adam, Präsident: Ich stelle fest, es liegt keine Wortmeldung hervor. Somit ist die zweite Lesung abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates gemäss Bericht 4316 / A, S. 10:

Abstimmung

Antrag des Gemeinderates: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Quartierplanung „Winzerweg“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanung-Reglement, wird zugestimmt und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

2. Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanung-Vertrag wird zur Kenntnis genommen.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir haben bei der ersten Lesung seitens der Kommission für Bau und Umwelt zwei Empfehlungen und Änderungsanträge angebracht. Diese würden wir gerne diskutieren beim Antrag Ziffer 1. Ich bitte, die Anträge aufzulegen. Wir möchten, dass darüber abgestimmt wird.

Anträge der Kommission für Bau und Umwelt in der Einwohnerratssitzung vom 29. März 2017:
Somit empfiehlt die KBU dem Einwohnerrat einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates mit folgender Ergänzung zuzustimmen:
14.1
a) Der Küchenanbau an das bestehende Hauptgebäude wirkt als eingeschossiger Baukörper dominant. Der Bauausschuss soll im Rahmen der Weiterbearbeitung dies vertieft prüfen.
b) Der Fussgängerverkehr vom Winzerweg muss die Ein- und Ausfahrt in die Parzelle C1336 ohne geführt zu werden überqueren. Auch hier muss der Fussgänger sicher neben dem Verkehr geleitet werden.

Philippe Adam, Präsident: Wer den Antrag a) der KBU annehmen möchte, soll das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 29 Ja bei 0 Nein und 3 Enthaltungen angenommen.

Philippe Adam, Präsident: Wer den Antrag b) der KBU annehmen möchte, soll das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 26 Ja bei 0 Nein und 5 Enthaltungen angenommen.

Philippe Adam, Präsident: Wir fahren fort mit Antrag Ziff. 3 des Gemeinderats.

3. Die Parzelle C961 wird in die Wohnzone W2 überführt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Schlussabstimmung

://:

Grossmehrheitlich Ja.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 01.02.2017, sowie Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 31.03.2017, betreffend Neukonzeption und Realisierung des Heimatmuseums Allschwil – Sondervorlage
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4318 / A

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Lang mussten sie auf diesen Bericht warten. Zu Recht hatten sie im Herbst nachgefragt, er bleibe, da doch der Betrieb am 1.1.2017 wieder aufgenommen werden sollte. Jetzt liegt der Bericht vor, und ich hoffe, Sie sehen es gleich wie ich: Das Warten hat sich insofern gelohnt, als jetzt ein Konzept vorliegt, das Hand und Fuss hat. Wir verlassen das normale Ortsmuseum und erstellen an diesem Ort einen kombinierten Museums- und Kulturstandort, in welchem auch Wechsellausstellungen und Veranstaltungen Platz haben sollen. Das Museum in leicht redimensionierter Form wird weiterhin die Gemeinde betreiben und auch die Verantwortung dafür wahrnehmen, dass das Museum das darstellt, was die Gemeinde Allschwil ist und was die Vergangenheit der Gemeinde Allschwil war. Auf der anderen Seite schaffen wir einen Kulturbereich, wo einerseits Wechsellausstellungen, aber auch Veranstaltungen möglich sind. Diesen Bereich lagern wir aus und suchen einen Anbieter, der auf diesem Gebiet spezialisiert ist. Dies hat zwei Vorteile: Einerseits kann dieser Dritte viel freier agieren und ist weniger den Zwängen ausgesetzt, wie es die Gemeinde vielleicht wäre. Zweitens, und das ist der ganz grosse Vorteil, im Bereich Fundraising hat eine private Institution viel mehr Möglichkeiten als die öffentliche Hand. Das führt dazu, dass wir zwar jetzt in einem ersten Schritt für die Umstellung investieren müssen – wir beantragen Ihnen ja einen Investitionskredit über CHF 730'000 für die nächsten drei Jahre – aber in der Folge haben wir ein grösseres und vielfältigeres Angebot, dessen laufende Kosten um CHF 10'000 jährlich tiefer sein werden als bisher, wobei die Abschreibungen des Investitionskredit bereits eingerechnet sind. Es lohnt sich also, jetzt zuerst zu investieren, etwas Neues und Grösseres zu schaffen, um nachher mehr Leistung zu haben für einen leicht geringeren Betrag. In der Summe glaube ich, dass wir hier wirklich einen Quantensprung machen. Wie Sie gesehen haben, konnte sich auch die Kommission für dieses Projekt begeistern, und ich hoffe somit, dass das Projekt auch Ihre Zustimmung finden wird.

Henry Vogt, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales (KBKGS): Ich will in erster Linie im Namen der Kommission einen Dank aussprechen an das Department BEK, an alle Mitwirkende, aber besonders an Herrn Wyss, Fachstelle Kultur, und Herrn Wölfle, ehemaliger Hauptabteilungsleiter i.a. BEK, für die Unterstützung während unserer Beratung. Das vorgelegte Konzept ist stimmig, und die sportliche Herausforderung, ein Konzept für ein Heimatmuseum zu finden, ist gelungen und aus unserer Sicht sogar sehr gelungen. Die Kommission sieht einstimmig viel Potenzial im Konzept des Mehrspartenhauses. Vor allem aber sieht die Kommission die Wichtigkeit des Heimatmuseums für unseren Dorfkern und für ganz Allschwil. Wir wünschen jedenfalls der BEK und Herrn Wyss viel Erfolg bei der Realisierung dieses Projekts. Die Kommission KBKGS empfiehlt einstimmig, sämtliche Anträge gutzuheissen.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich rede zuerst im Namen der Fraktion. Wie eben Henry Vogt sagte: Das Haus ist wichtig für Allschwil. In diesem Sinne folgt unsere Fraktion einstimmig den Anträgen der Kommission. Wir haben vorhin gehört, dass das Quartier Dorf einen historischen und einen kulturellen Wert hat für uns alle. Der kulturelle Wert ist in den letzten Jahren ein bisschen zu kurz gekommen. Es gibt die Vision, dass es jetzt wieder weitergehen kann. Wir haben weiter gehört, Gastronomie, Kultur und Nahversorgung seien dort sehr wichtig. Wir wissen alle, die Nahversorgung ist dort ein wenig in der Klemme. Mit der Kultur herrschte Ruhe; kann es mit ihr jetzt weitergehen, ist das ein Gewinn für uns. Und Gastronomie, sprich mehr Begegnung, kann man nur wünschen. In diesem Sinne sage ich namens der Fraktion: Wir stehen dahinter, dass es mit diesem Projekt vorwärts geht. Ich werde mich später nochmals ganz persönlich, als Museumsfreak, äussern.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Im Grossen und Ganzen sieht die SVP-Fraktion dieses Geschäft als etwas Zweckdienliches an. Wir sind auch froh, dass es jetzt, gegen Ende der gesetzten Deadline, doch noch ins Plenum gekommen ist. Gegenüber dem, was im hinteren Teil des Museums angedacht ist, besteht ehrlich gesagt bei manchen in unserer Fraktion eine gewisse Skepsis, ob das funktionieren wird, und ob sich jemand finden wird und ob man wirklich einen Mehrnutzen wird generieren können. Nichtsdestotrotz möchten wir dem an sich guten Konzept nicht im Weg stehen und sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, dort wieder etwas auf die Beine zu stellen, das die Attraktivität des Dorfes vielleicht oder hoffentlich mehr aufwertet, als dies in den letzten zwei Jahren der Fall war.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt dem Papier ebenfalls 100-prozentig zu und schliesst sich dem Dank an. Ich habe noch zwei Anmerkungen. Aus meiner Sicht ist das, was wir vor uns haben, nicht ein Konzept, sondern eine – wertvolle – Ideenskizze. Für ein Konzept fehlt der Partner, der das mitbetreiben soll, und es fehlt ein Betriebskonzept. Zweitens möchten wir von unserer Fraktion aus deutlich zum Ausdruck bringen, dass jetzt die Verantwortung, das Beste daraus zu machen, nicht mehr beim Einwohnerrat liegt, sondern bei der Verwaltung und beim Gemeinderat.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch wir können das Konzept und die Anträge vollumfänglich unterstützen. Wir denken auch, dass das Mehrspartenkonzept, wie es vorgestellt wurde, die einzig richtige Lösung und der einzig richtige Weg für unser Heimatmuseum ist. Dennoch möchten wir auch hervorheben, dass es sich um relativ ambitionierte Ziele handelt, vor allem bezüglich Wechselaussteller, weil mit diesem doch eine langfristige Partnerschaft angestrebt wird. Ich hoffe darum persönlich stark, dass dieser in den Startlöchern sitzt und parat ist, sofort loszulegen, wenn der Einwohnerrat dem Konzept zugestimmt, und dass wir nicht noch eine lange und komplizierte Suche vor uns haben, die eventuell nicht befriedigend enden könnte.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Auch wir unterstützen das Konzept. Wir finden die Idee des Mehrspartenhauses sehr gut. Wir finden es toll, dass die Kultur und das Heimatmuseum wieder gefördert werden sollen. Und wir hoffen, dass wirklich ein toller Partner für das Geschäft gefunden werden kann.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich rede für mich persönlich. Auch für mich ist es unbestritten, dass wir ein historisches Gedächtnis, ein Museum, brauchen. Ich habe zwei Vorbehalte. Zum einen was die Lage des Veranstaltungsraums angeht, der angebaut werden soll. Er ragt mitten in ein Wohngebiet hinein. Ich hoffe, dass es hier keine Konflikte geben wird. Zweitens habe ich auch gewisse Vorbehalte hinsichtlich des Bedürfnisses. Wir haben doch bereits einige öffentliche Räume, sei es der Raum, in dem wir uns jetzt befinden, sei es das Jugend- und Freizeithaus. Ich bin mir nicht sicher, ob wir den neuen Raum so werden auslasten können, wie wir uns das vorstellen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wie angekündigt, möchte ich noch einmal mit ganz persönlichen Anmerkungen, vor allem zum Thema Museum, kommen. In der Vorlage, unter Ziff. 1 „Ausgangslage“, heisst es, das Museum sei per 1. Januar 2015 temporär geschlossen, „um Zeit für die nötig gewordene Neukonzeption zu erhalten“. Vor genau einem Jahr habe ich hier den GPK-Bericht verlesen mit der Frage an die Gemeinde, was vorgehe. Man habe das Museum für zwei Jahre, 2015 und 2016 geschlossen – „während dieser Zeit soll das Heimatmuseum Allschwil neu konzipiert werden“. Die zuständige dezimierte Kommission sei ausgesetzt worden, dafür werde jetzt die Verwaltung den Entscheid herbeiführen. Es stand aber gemäss klarem Entscheid des Einwohnerrates fest, dass das Museum Ende 2016/Anfang 2017 wieder als Begegnungsort für Allschwil zur Verfügung stünde. Jetzt ist angedacht August 2018 – sicher ein ganz tolles Datum. Das Zeitbudgets, das man uns damals genannt hat, ist um 80% überzogen. Wie in dem Bericht steht, habe man sich im Gemeinderat auch Gedanken darüber gemacht, ob man das Haus als Museum behalten wolle. Das ist aber gar keine Diskussion, das weiss der Gemeinderat aus der Sitzung der Table ronde mit Herrn Lusser, Sohn des Gründers, und früheren Museumsmitarbeitern. Das Dokument des Kantons ist klar: Es handelt sich um ein Museum. Das Ganze war ein bisschen ein „Knorz“, und das war für mich sehr schade.

Ich war vorhin sehr froh zu hören, dass unser Quartier Dorf auch ein Kulturort sein soll. Die Leute reden viel darüber, dass es im Dorf „keine Schuhsohlen mehr gibt“, dass es „bald keinen Käse mehr gibt“. Auch was mit der Post passieren wird, weiss man nicht genau. Aber wir alle zusammen hier drin wissen – pardon: drei Viertel wissen es, ein Viertel ist ja neu – das allererste Haus, das im Dorfkern vorne stillgelegt wurde, hat die Politik stillgelegt – mit einem Verzug von 80 % des Zeitgefässes. Ich finde es einfach wahnsinnig, dass man sagt, wir verlieren an Attraktivität im Quartier Dorf, aber wir

haben es selber irgendwie verpasst, das Konzept, das eigentlich existierte – mit Café, mit Begegnung – aufrecht zu erhalten. Ich hatte vor Jahren schon den Vorschlag gemacht, dort zum Beispiel zu Marktzeiten das Museum zu öffnen. Auch den Zuzüger-Apéro hätte man dort in einem Sommer machen können. Es gab genug Ideen, um das aufrechterhalten zu können.

Im jetzt vorliegenden Konzept heisst es, man wolle die Ausstellungsfläche verkleinern, ein Dreispartenhaus schaffen. Das heisst aber auch, dass man einen Teil der Exponate versorgen muss. Wir brauchen ein Depot, das dafür taugt, dass die Objekte dort bleiben und für spätere Zeiten auf die Seite gelegt werden können. Jetzt haben wir mehrere Depots, dezentral in gewissen Schulhäusern auf Estrichen und in Kellern. Der angedachte Anbau im Garten ist nicht unterkellert. Ich hatte in der Kommission einmal die Idee einer Unterkellerung vorgebracht. Dort hätte man ein Depot für all die Sachen, die man auf die Seite legen muss. Es wäre vor Ort, es bräuchte keine Transportwege. Die Verantwortung für eine transportierende Person wäre kleiner. Auch die angedachte Kommission oder Fachgruppe mit sachkundigen Personen muss ja einen Arbeitsraum haben. In der Gemeindeverwaltung ist ein solcher nicht vorhanden. Sie brauchen auch Platz, Kästen, für ihr Archivmaterial und ihre Ordnung. Ich finde es schade, dass diese Chance nicht ergriffen worden ist, einen Raum zu schaffen, in dem für die nächste Generation vor Ort diese Dinge deponiert und ausgewechselt werden könnten.

Es heisst immer, vom Budget her gehe es nicht. Aber wenn man sich die Abschlüsse der vergangenen Jahre ansieht, wäre es garantiert möglich, etwas Sinnvolles zu machen. Wenn wir das Museum als solches behalten wollen – und das muss es diskussionslos bleiben – dann wäre es sinnvoll, vor Ort einen Raum zu haben für das Depot und einen Arbeitsraum für die Fachgruppe von sachkundigen Personen.

Auf Seite 7 des Berichts wird der Raum beschrieben, der hinten als Dreispartenraum im Garten angebaut werden soll. Es handelt sich um einen Raum mit 80 m², 8 x 10 m. Ich sage ganz salopp: Das entspricht einem grossen Schulzimmer. Ich hatte über Jahrzehnte ein Schulzimmer mit 75 m², bin also nahe dran. Darin sollen Ausstellungen, kulturelle Anlässe, zum Beispiel auch Theater stattfinden, falls man den Mühlehall aus finanziellen Gründen nicht behalten kann. Ein Raum mit den Aussenmassen 8 x 10 m ergibt Ihnen 75 m². Man hat Fenster, Türen, eine Bühne und was es sonst noch braucht – da haben, egal für welches Theater, gerade eben die Schauspieler Platz, und wir stehen im Garten draussen. Es wurde in der Begleitgruppe immer gesagt, dieser Raum hier werde einmal ein Kulturraum sein, auch für Theater und für Ausstellungen. Man weiss: Das geht hier drin nicht. Jetzt soll es in diesem Museumsanbau der Fall sein. Dieser Raum hat lediglich Platz für sehr kleine Veranstaltungen oder Ausstellungen. Ich finde es wirklich schade, dass man ihn als möglichen Ersatz für den Mühlehall hinstellt. Unsere Gemeinde braucht Räume für Kultur, für Ausstellungen, für die Jugendmusikschule, für egal was. Aber man kann nicht sagen, wir bauen dafür jetzt diesen kleinen Raum dort hinten.

Ich hoffe sehr, dass die Eröffnung so schnell wie möglich stattfinden wird, sodass das Quartier Dorf wirklich eine Aufwertung erhält, bevor es dort wirklich nur noch Beizen hat und sonst nichts mehr. Ich finde es schade, dass wir so viel Zeit verloren haben bei dem Bemühen, unser Quartier Dorf à jour zu behalten, damit die Leute gern herkommen. Aber ganz klar, das weiss Henry, ich stehe mit der Kommission hinter dem Projekt.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich danke für die positive Aufnahme. Im Grundsatz sind wir schon startklar und haben unsere Kontakte zu potentiellen Drittanbietern. Aber ich muss Ueli Keller widersprechen: Es wäre falsch gewesen, heute schon mit einem Partner dazustehen. Wir müssen auch noch schauen, wie es sich mit dem Submissionsrecht verhält und ob dieser Auftrag eventuell im Einladungsverfahren vergeben werden muss. Wir sind also vorbereitet, möchten und können aber heute keinen Partner nennen. Aber die informellen Gespräche sind geführt und könnten schnell umgesetzt werden.

Zu Jean-Jacques Winter: Natürlich würden wir uns freuen über eine grössere Räumlichkeit dort hinten. Aber wir befinden uns in der Dorfkernzone, und damit ist sowohl die Quadratmeterzahl wie auch der Standort des Ergänzungsbaus definiert. Wenn man es anders haben wollte, müsste man das Museum komplett zügeln, und das, glaube ich, wäre falsch. Der Museumsstandort in Dorfplatznähe passt auch zur Geschichte von Allschwil. Darum machen wir das, was an diesem Standort möglich ist, und holen das Maximum heraus. Selbstverständlich kann dieser Ergänzungsbau nie der Ersatz sein für den grossen Mühlehall. Von daher hat die Gemeinde ein vitales Interesse daran, dass wir dort den Vertrag verlängern können, damit wir diesen Raum weiter benutzen können, der sich zum Beispiel für Theater anbietet, in dem man eine Kulisse aufbauen und eine Zeitlang stehen lassen kann und wo man bei jeder Vorstellung eine grössere Anzahl an Personen als Publikum empfangen kann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin missverstanden worden. Ich wollte nur sagen, dass ich das, was jetzt vorliegt, nicht als Konzept bezeichne, weil der Ausgang offen ist, was dann konkret

gemacht werden soll mit dem Treiber zusammen. Ich habe aber nicht gesagt, dass diese Fakten jetzt bereits vorliegen müssten.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine Artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung über das Geschäft 4318A abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 11.

Anträge des Gemeinderates: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das unter Abs. 3 beschriebene Konzept zur Neuausrichtung des Heimatmuseums Allschwil wird genehmigt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

2. Für die Neukonzeption und Realisierung des Heimatmuseums Allschwil als Mehrspartenhaus wird ein Investitionskredit im Betrage von CHF 730'000.00 als Anteil der Gemeinde gemäss Absatz 5 für die Jahre 2017 bis 2019 zu Lasten des Investitionskontos 3110-5040.01 bewilligt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

3. Von der Kostengenauigkeit von +/- 10% hinsichtlich Unerwartetes (vgl. historische und denkmalgeschützte Bausubstanz) wird Kenntnis genommen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir reden hier von einer Dreiviertelmillion, und Sie fragen nicht einmal, ob es eine Gegenstimme oder eine Enthaltung gibt. Ich muss mich da wiederholen hinsichtlich meines Votums aus der letzten Sitzung. Sie können nicht „grossmehrheitliche“ Zustimmung feststellen, wenn sie nicht einmal fragen, ob es eine Gegenstimme oder eine Enthaltung gibt. Es geht um CHF 730'000, und da wäre es vielleicht gut, wenn die Öffentlichkeit müsste, weil ja auch die Medien meistens darüber berichten, ob der Einwohnerrat wirklich dahinter steht, oder ob es Zweifel gibt. Und falls der Einwohnerrat voll dahinter steht, soll man auch das zeigen, und dann ist es eben nicht grossmehrheitlich, sondern einstimmig.

Philippe Adam, Präsident: [ruft erneut Antrag Ziff. 3 auf]

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen bei 1 Enthaltung.

4. Die wiederkehrenden Personal-, Betriebs- und Unterhaltskosten für den gemeindeeigenen „Bereich Dauerausstellung“ des Heimatmuseums Allschwil werden gemäss Tabelle 8 ab dem Jahr 2018 genehmigt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen bei 1 Enthaltung.

5. Der wiederkehrende Kulturbeitrag der Gemeinde Allschwil für den an einen Drittanbieter abgetretenen „Bereich Wechseiausstellung und kulturelle Veranstaltungen“ (Kulturbetrieb) wird gemäss Tabelle 8 ab dem Jahr 2018 genehmigt.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen bei 2 Enthaltungen.

6. Der Auftrag aus der Generellen Leistungsüberprüfungen vom 9. April 2014 (Massnahme Gruppe C; Nr. 13) wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen bei 2 Enthaltungen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich muss schnell dazwischenreden. Das Anliegen von Andreas Bammatter drehte sich um den Budgetbetrag von CHF 730.000. Ich habe überall Zustimmung damit

vernommen, dass man es für sinnvoll halte, die Abstimmung zu diesem Punkt auszuzählen und festzustellen, wie viele Einwohnerräte dafür sind. Ich bitte, die Abstimmung zu Antrag 2 zu wiederholen und wirklich die Zahlen zu nennen.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob er über Antrag Ziff. 1 nochmals abstimmen und das Ergebnis auszählen lassen will.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Erstens wäre das ein Rückkommensantrag, den zuerst jemand stellen müsste, und zweitens bräuchte es dann eine Zweidrittel-Mehrheit. Ich möchte bitten, dass man den rechtlichen Weg einhält.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Das Rückkommen habe ich doch eben beantragt. Und das allseitige Nicken vorhin beim Votum von Andreas Bammatter zeigte ganz klar, dass die grosse Mehrheit das Abstimmungsergebnis in genauen Zahlen wissen will.

Philippe Adam, Präsident: [ruft erneut Antrag Ziff. 2 auf]

://:

Der Antrag wird mit 29 Ja, bei 0 Nein und 3 Enthaltungen angenommen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Vielleicht komme ich jetzt ganz dumm: Dürfte ich vielleicht noch wissen, wie das Resultat des Rückkommens zwar? Es war nicht bekannt gegeben worden, dass das Zweidrittel-Mehr erreicht ist.

Philippe Adam, Präsident: Wir machen jetzt weiter. Es ist jetzt so, wie es ist. Ganz klar.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Nein, tut mir leid. Wenn ein Rückkommensantrag da ist, muss das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben werden. Das ist nicht geschehen. Dieses Resultat möchte ich wissen.

Philippe Adam, Präsident: Das Geschäft ist nicht abgeschlossen. Ganz einfach.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte das kurz ausführen. Nach dem neuen Geschäftsreglement kann man nur noch während des laufenden Geschäfts ein Rückkommen beantragen zu etwas, worüber bereits abgestimmt worden ist. Wenn das Geschäft abgeschlossen ist, gibt es kein Rückkommen mehr. Wir haben über die Finanzen abgestimmt. Dann kam jemandem in den Sinn, dass man die Abstimmung gern ausgezählt haben möchte. Das ist ein Rückkommensantrag. Die Zuwilligung zu diesem Rückkommensantrag wurde nicht geäussert, also gehe ich davon aus, dass wir etwas Rechtswidriges getan haben. Wenn man mir sagen kann, wie viele Ja-Stimmen es zum Rückkommensantrag gab, und wenn es wirklich zwei Drittel waren, ist die Sache für mich erledigt. Aber das möchte ich hören.

Philippe Adam, Präsident: Ich stelle fest, dass die Zustimmung zum Rückkommen aus meiner Sicht grossmehrheitlich, grösser als zwei Drittel, war. Ausgezählt wurde nicht, das ist klar.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ein Zweidrittelmehr kann man nur feststellen, wenn man weiss, wie viele Ja und wie viele Nein es gab. Dann kann man zwei Drittel ausrechnen. Man kann nicht einfach in die Luft hinein sagen, es seien zwei Drittel gewesen. Wiederholen wir es doch rasch, dann ist es sauber und korrekt gemacht. So einfach ist das.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Da ich das Ganze nochmals angerissen habe, auch wegen des Vorfalls in der letzten Sitzung, und weil ich glaube, dass der Fehler in Zukunft nicht mehr vorkommen wird, schlage ich vor, dass man das Zweidrittel-Mehr für das Rückkommen noch feststellt. Dann ist Simon Zimmermann zufrieden, und wir können endlich in die Pause gehen. Der Präsident müsste also jetzt fragen, ob jemand dagegen ist, dass das Zweidrittel-Mehr für das Rückkommen nochmals feststellt wird, und dann müsste man die Abstimmung machen.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob jemand dagegen ist, dass Antrag Ziffer zwei nochmals abgestimmt wird. – Herr Zimmermann, stellen Sie einen Rückkommensantrag?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich stelle klar, dass ich kein Rückkommen beantrage. Aber ich möchte das Ergebnis der Abstimmung über den Rückkommensantrag von Herrn Winter klar deklariert haben.

Philippe Adam, Präsident: Wir stimmen also nochmals über den Rückkommensantrag von Herrn Winter ab. Wer ihm zustimmen kann, möge dies mit der Karte bezeugen.

://:

Dem Antrag wird mit 29 Ja, 0 Nein und 4 Enthaltungen zugestimmt. Das Zweidrittel-Mehr ist erreicht.

Schlussabstimmung

Philippe Adam, Präsident: ich frage den Rat an, wer das Geschäft als Ganzes abschliessen will.

://:

Dem Abschluss des Geschäfts als Ganzes wird einstimmig zugestimmt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte mich beim Büro bedanken, dass man meinem Anliegen nachgekommen ist. Denn am Ende hätten wir einfach eine Situation gehabt, die nicht sauber gewesen wäre. Jetzt ist es sauber und beendet.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Damit sie sich alle darauf einstellen können, möchte ich Sie gerne jetzt schon darüber informieren, dass es am 13. Juni 2017, und zwar bereits um 17:00 Uhr beginnend, eine vom Gemeinderat organisierte Informationsveranstaltung gibt, hauptsächlich für die Verwaltungsmitarbeitenden; aber sehr gerne eingeladen sind auch sie, die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Es geht um einen Zwischenstand des Projekts Reorganisation der Gemeindeorganisation. Bis zu diesem Zeitpunkt sind wir terminlich auf Kurs und können dann am 13. Juni weitere Informationen zum aktuellen Stand geben. Das Projekt soll ja zum 1. Juli 2017 in groben Zügen umgesetzt werden. Wir werden bis dahin sicher noch nicht fertig sein, es bestehen auch noch ein paar Unklarheiten, aber wir sind soweit, dass wir beginnen können. Bis dann wird auch das Leitbild verabschiedet sein, es soll in der nächsten Einwohnerratssitzung traktandiert werden. Die Bereiche sind in den Grundzügen definiert, die Kompetenzordnung ist bis dahin auch soweit fertig, auch die Geschäftsordnung. Vor allem wird auch die Ressort-Verteilung bis dahin abgeschlossen sein; in diesem Punkt sind wir heute noch einmal einen Schritt weiter gekommen. Über all das soll am 13. Juni informiert werden.

FRAGESTUNDE

Robert Vogt, Gemeinderat: Es liegt eine Frage der FDP-Fraktion vor, von Kathrin Gürtler.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Es geht um den Römerweg, der bisher eine Sackgasse war. Diese ist jetzt aufgehoben. Ich habe dazu zwei Fragen:

1. Wieso wurde die Sackgasse aufgehoben?
2. Der Römerweg liegt in einer Zone, wo nur Zubringerverkehr gestattet ist. Er liegt aber so, dass er sich gut für Schleichverkehr eignen würde, was aber nicht wünschenswert wäre.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich beantworte die Frage gerne in Vertretung für Philippe Hofmann, der sich heute aus gesundheitlichen Gründen dispensieren lassen musste. Es handelt sich im Römerweg um die dritte Bauetappe des Rosenbergrains. Dort haben wir, wie schon in den beiden vorherigen Etappen, ein Baustellen-Regime. Wir möchten, dass die Lastwagen in den Weg „In den Vogelgärten“ hinein- und dann, im Einbahnverkehr, über den Römerweg wieder hinausfahren können. Zu diesem Zweck wurden die Blumenkübel im Römerweg entfernt. Sie werden aber nach Fertigstellung der

Überbauung im Rosenbergrain wieder an ihre bisherigen Standorte gesetzt. Wenn der Weg unterdessen als Schleichweg-Abkürzung missbraucht werden würde, hätte die Gemeinde Polizei die Möglichkeit einzuschreiten.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Es geht um eine App der Gemeindeverwaltung, wie es sie in fünf Gemeinden im Baselbiet bereits gibt, unter anderem in Oberwil. Diese wird dem Vernehmen nach von der Bevölkerung sehr geschätzt. Wird darüber in Allschwil auch schon nachgedacht? Die App wird vor allem für Push-Nachrichten genutzt, etwa für Abstimmungsergebnisse, Abfallabfuhr oder andere Nachrichten, die schnell verbreitet werden sollen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Dies war bei uns in der Tat auch schon ein Thema vor, wenn ich mich recht erinnere, etwa drei Jahren. Man wollte uns damals eine sogenannte Gratis-App zur Verfügung stellen, die jedoch aus unserer Sicht zu viel Werbung transportiert hätte. Darum haben wir davon abgesehen und das Thema wieder zur Seite gelegt, dies auch im Hinblick darauf, dass unsere Homepage neu konzipiert wurde und wir dort Verbesserungen für die Einwohnerinnen und Einwohner schaffen wollten. Im Weiteren haben wir das Thema App nicht mehr im Angriff genommen. Wenn uns der Einwohnerrat aber sagt, wir sollen dies tun, werden wir uns der Sache annehmen.

Lukas Hess, SP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen betreffend die Lüftung- und Klimaanlage in der Turnhalle des Schulhauses Gartenhof. Seit September ist die Turnhalle in Betrieb, sie wird rege genutzt und auch geschätzt. Leider aber sind die klimatischen Bedingungen in dieser Halle unangenehm. Als aktives Mitglied des Turnvereins Allschwil, Abteilung Unihockey, bin ich selbst betroffen. Es ist fast unerträglich warm, insbesondere seit der Frühling Einzug gehalten hat. Man möchte lieber nicht wissen, wie es im Sommer sein wird. Daher meine Frage, ob in dieser Sache etwas unternommen wird, und bis wann man mit einer Verbesserung rechnen kann.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Schulhaus ist, wie Lukas Hess richtig bemerkt hat, letzten Sommer in Betrieb gegangen. Wie überall bei so komplizierten Anlagen braucht es einen Moment, bis alles richtig eingestellt ist. Es braucht auch einen Moment, bis man merkt, was alles noch fehlt. Wir reden hier von Kinderkrankheiten, die auch ein Gebäude haben kann. Wir sind daran, die Situation zu verbessern, indem wir der Tatsache Rechnung tragen, dass unten oftmals eine andere Nutzung stattfindet als oben, was aber die an der Steuerung eingestellten Modelle nicht unbedingt merken. Diesbezüglich sind wir dabei nachzurüsten. Planerisch wurde das bereits Anfang April im Steuerungsausschuss freigegeben und es wird jetzt umgesetzt. Wir hoffen, dass die Vereine nicht noch mehr ins Schwitzen kommen.

Nicolas Chapuis, SP-Fraktion: Mir ist aufgefallen, dass um den Coop Lindenplatz vermehrt Abfall herumliegt, vor allem bei der PET-Entsorgungsstelle. Wäre es möglich, dort am Geländer einen Abfalleimer aufzustellen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich werde das gerne überprüfen und kann dann Bescheid geben an einer nächsten Sitzung.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wie Sie sicher mitbekommen haben, mussten wir uns in der Landratssitzung vom 6. April über den Zustand des Sekundarschulhauses Lettenweg beklagen. Die Schulleitung redet sogar vom Schimmelpilzbefall. Nun wissen wir aber, dass unsere Primarschulhäuser Gartenstrasse und Bettenacker seit dem Bezug des Schulhauses, in welchem wir uns hier befinden, leer stehen. Ich habe folgende Frage an den Gemeinderat: Ist es richtig, dass die Gemeinde Allschwil dem Kanton die leerstehenden Schulhäuser Gartenstrasse und Bettenacker für eine Zwischennutzung angeboten hat, und wie hat der Kanton darauf reagiert?

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist tatsächlich so, dass wir mit dem Kanton in ständigem Austausch stehen. Wir haben dem Kanton auch mehrere Male angeboten, dass er im Schulhaus Bettenacker vor allem die Trakte B und C, das ist die Seite zu Bettenstrasse hin, von uns mieten könnte. Es kam auch zu Begehungen. Der Kanton wollte ein Projekt lancieren auf Sekundarstufe II oder Berufsschulen. Man hat dies aber fallen lassen, weil der Standort so abgelegen von Liestal ist. Man hat dann eine andere Lösung gesucht, wobei ich nicht weiss, wie diese aussieht. Seither hat sich der Kanton nicht mehr gemeldet. Ich weiss aber, dass Jürgen Johner gerade heute Kontakt mit dem Kanton hatte, um zu erfahren, ob hier etwas läuft. Das Schulhaus Gartenstrasse hingegen stand nie zur Debatte, da dieses Gebäude technisch heruntergefahren werden musste. Im Bettenacker hingegen wäre eine Zwischennutzung durchaus möglich.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.02.2017, betreffend

„Fall Stiftung Tagesheime“

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Florian Spiegel, Geschäft 4329

Florian Spiegel, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Sie alle haben unseren Bericht vom 20.2.2017 erhalten, und wir gehen davon aus, dass sie ihn eingehend studiert haben. Gestatten Sie uns trotzdem, auf einige Punkte nochmals einzugehen. Wenn der Einwohnerrat oder das Einwohnerratsbüro an die GPK gelangt wegen einer Untersuchung, so erhoffen sich die Betroffenen generell, dass sie am Ende einen Bericht erhalten, in welchem „schwarz oder weiss“ oder „schuldig oder unschuldig“ steht. Dieser Erwartung können wir aber oft nicht gerecht werden, weil die Thematiken oft, und so auch im vorliegenden Fall, sehr verstrickt sind und auch sehr oft auf verschiedenen Ebenen laufen. Wie kam es zu der Problematik? An der Einwohnerratssitzung am 8. und 9. Dezember 2015 kam es zu Wortmeldungen zum Fall „STTA“, ausgelöst durch Zeitungsberichte, Anschuldigungen durch die FIREKO und einen Bericht der BDO. Daraufhin hat das Einwohnerratsbüro der GPK den Auftrag erteilt, sich die Angelegenheit anzuschauen. Die Vorgehensweise der GPK in solchen Fällen ist es, zuerst einmal die Mittel zu beschaffen, sprich die Unterlagen und Dokumente zusammenzutragen von verschiedenen Stellen, das Ganze auszuwerten, einen Fragenkatalog zu erstellen, Schwerpunkte zu setzen, Personen aus sämtlichen Gremien zu Gesprächen einzuladen, diese wiederum auszuwerten, um dann am Schluss zu einem Ergebnis zu kommen. Erschwert wurde dies im vorliegenden Falle dadurch, dass die Untersuchung während des Legislaturwechsels stattfand, durch den nur noch zwei der ehemaligen sieben GPK-Mitglieder in die neue GPK übertraten. Es haben also fünf Mitglieder, die bereits eingearbeitet waren, die GPK verlassen, und die fünf neuen Mitglieder mussten sich von vorne in die Unterlagen einlesen. Das brauchte Zeit, und so konnte der Bericht erst im Februar dieses Jahres abgeschlossen werden. Wo liegt das Problem aus Sicht der GPK? Das Hauptproblem, das die GPK entdeckt hat und das für sie die Grundlage des ganzen unglücklichen Falles ist, ist die Einführung der Leistungsvereinbarung im Jahr 2011. Damals hat man die Leistungsvereinbarung angepasst, abgeändert und neu eingeführt. Sowohl der Gemeinderat am 24.11.2010 wie auch der Einwohnerrat am 15.12.2010 haben eine Leistungsvereinbarung eingeführt, die sich selber widerspricht, sowohl im Text der Leistungsvereinbarung wie auch im Anhang. Diese Ausgangslage war der Grundstein für das Missverständnis bei der Abrechnung über die Jahre hinaus. Wie stehen die beteiligten Personen dazu? Jeder hatte seine Rolle in dem ganzen Spiel, der Gemeinderat, der Stiftungsrat und auch das Parlament. Wenn wir etwas einführen, das im Grundsatz nicht standhält, dann ist es schwierig, dies in der Praxis richtig umzusetzen. Dort muss sich auch der Einwohnerrat an die eigene Nase fassen, ebenso wie der Gemeinderat, was die Einführung solcher Leistungsvereinbarungen angeht. Zum Stiftungsrat kann man sicher sagen, dass er seine Aufgabe engagiert und aus seiner Sicht pflichtbewusst wahrgenommen hat. Mit grossem Engagement und Einsatz hat er versucht, seinen Aufgaben so gerecht wie möglich zu werden. Im Besonderen schwierig ist aus Sicht der GPK die Doppelrolle, die Gemeinderäte einnehmen, wenn sie gleichzeitig Mitglied eines Stiftungsrates sind. Aus diesem Grund empfiehlt ihnen auch die GPK in ihrem Bericht, dass mit der Neustrukturierung in der laufenden Legislatur die Gemeinderäte aus sämtlichen Stiftungsräten zurücktreten. Was die GPK auch empfiehlt, und was glücklicherweise schon umgesetzt worden ist, wie wir vernommen haben, ist, dass die Stiftungsaufsicht nicht mehr der Gemeinde untersteht, sondern an den Kanton abgegeben worden ist. Der Gemeinderat hat dahingehend seine Funktion nicht wahrgenommen als oberste Instanz, die schlichten und vermittelnd eingreifen sollte. Was uns vor allem aufgefallen ist, ist die Frage der Kommunikation. Die Kommunikation hat auf verschiedenen Ebenen nicht so funktioniert, wie man sich das von diesem System erhofft hatte. In den ganzen Unterlagen, Protokollen und Auszügen finden sich mehrere Stellen, an denen man hätte ansetzen oder reagieren können, um Entwicklungen aufzufangen, ehe sie ausarten. Ebenfalls einer der elementarsten Punkte für die GPK ist, dass man eben nicht nur von einem Fall spricht, wovon aber die meisten ausgegangen sein werden. Die GPK hat während ihrer Untersuchung gemerkt, dass es drei parallel laufende Problematiken gibt, die sich immer wieder punktuell getroffen haben. Eines war die Abrechnungsgrundlage gemäss der nach Stunden oder nach Tages-/Halbtagesätzen vorgegangen wurde. Dann musste aber auch ein Vollkostensatz berechnet werden, zu welchem es jedoch unterschiedliche Meinungen gab. Der dritte Punkt, der ebenfalls nicht optimal lief, war der Punkt FAMEX. Dies waren also drei parallel laufende Problematiken, die nicht optimal vonstattengingen. Diese drei Punkte trafen sich während der Untersuchung immer und immer wieder.

Es sind über alle drei Punkte verschiedene Personen involviert. Zum Teil hat man auch herausgespürt, dass Personen ganz klar aneinander vorbeiredeten hinsichtlich der Frage, wo das Problem liegt. Dies hat uns aufgezeigt, wie komplex das Ganze ist. Hinsichtlich des abhandengekommenen Geldes kommt die GPK am Ende ganz klar zum Schluss, dass keine Person sich selber bereichert hat und auch keine Institution versucht hat, sich zu Unrecht wirtschaftliche Mittel zu verschaffen. Eine Verkettung vieler unglücklicher Zustände hat dazu geführt, dass all die Mechanismen, auf die man gesetzt hatte, nicht funktioniert haben. Bereichert hat sich am Ende niemand. Das Geld kam denjenigen zugute, die ihre Kinder betreuen liessen, und bezahlt hat das in all diesen Fällen der Steuerzahler. Was die GPK aber bemängeln möchte, ist die Problematik FAMEX. Wenn man das FAMEX-Projekt anschaut, dann findet man, dass man die Vereinheitlichung der Subventionsbeiträge angepeilt hat. Man hat das Projekt aufgegleist und dann nach einem Jahr wieder sistiert. Eine Sistierung ist keine Tragödie, wenn man merkt, dass etwas in die falsche Richtung geht. Dann aber ein neues Projekt aufzugleisen, ohne Bezugspunkte zu der bereits geleisteten Arbeit oder den tätig gewesen Personen aufzugreifen, dies bei bereits angefallenen Kosten in der Grössenordnung von CHF 150'000 bis 250'000, das empfindet die GPK als eine unsinnige Verschwendung von Steuergeldern.

Das Wichtige für die Zukunft aus diesem Bericht, insbesondere im Hinblick auf die künftige neue Gemeindeorganisation, sollte sein: Pflege von Gesprächskultur und Konfliktbereitschaft innerhalb der Gemeindeverwaltung und auch in Zusammenarbeit mit aussenstehenden Gremien. Weg vom Departementsdenken und dem Abteilungsegoismus. Differenzen auch unter Mitarbeitern und Personen aus anderen Organisationen müssen früher geklärt und, wenn nötig, mit professioneller Hilfe angegangen werden.

Als Fazit möchte die GPK festhalten: Bereichert im eigentlichen Sinne hat sich keine einzelne Person. Es hat sich auch keine Organisation offensichtlich Geldmittel beschaffen oder zu ihren Gunsten wirtschaften wollen. Die Verstrickung der drei parallel laufenden Fälle, die das ganze unübersichtlich machten, das späte Eingreifen des Gemeinderates und die zu wenige Kommunikation von beiden Seiten haben am Schluss zu einem Punkt geführt, der äusserst bedauerlich ist und aus Sicht der GPK absolut nicht notwendig gewesen wäre. Wir hoffen, dass der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung in Zukunft mit der Neuausrichtung Gemeinde diesen Punkt ins Auge fassen und einen Schwerpunkt auf die Bereiche Kommunikation und Konfliktmanagement legen wird.

Philippe Adam, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Das heutige Traktandum zeigt uns in eindrücklicher Weise eines der kleinlichsten Vorkommnisse im politischen Umgang mit Fakten, die es in letzter Zeit in unserer Gemeinde gab. Jetzt hat die GPK die Sache aufbereitet wir können nochmals im Rat dazu Stellung nehmen. Ich danke zuerst der GPK für die geleistete Arbeit, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass sie neu zusammengesetzt war und dadurch die Zeit beträchtlich vorangeschnitten ist seit den Vorgängen, um die es geht. Zusammengefasst möchte ich persönlich feststellen, dass wir hier unsägliche Kommunikationsspannen erleben mussten, was dazu führte, dass die beiden damaligen Gemeinderäte Franziska Pausa und Arnold Julier wiederholt und unwidersprochen vorverurteilt wurden. Es wurde sogar ein Rufmord begangen. Das darf nicht sein und verlangt wenigstens in dieser Art eine Wiedergutmachung. Wie kam es dazu? Relativ simpel und einfach hat der damalige neue Hauptabteilungsleiter Finanzen Joseph Hammel unter der Leitung des damaligen Gemeindeverwalter Dieter Pfister festgestellt, dass mit dem Abrechnungsmodus in der Stiftung auch anderes, als bis zu diesem Zeitpunkt abgerechnet wurde, hätte abgerechnet werden können. Gleichzeitig hatten wir einen Sparauftrag von Seiten Einwohnerrat, und so hatte man einen guten Anlass, dem auf den Grund zu gehen. Auf einer plausiblen Schätzung wurde eine Hochrechnung angestellt, wonach aufgrund der Leistungsvereinbarung künftig eine Viertelmillion weniger als Subvention an die Stiftung zu zahlen gewesen wäre. Punkt, fertig. Anstatt dass die FIREKO- und GPK-Präsiden mit dem Gemeinderat, dem HAL Finanzen und dem Gemeindeverwalter zusammen nach Lösungsansätzen gesucht hätten, hat die damalige FIREKO durch ihren Präsidenten René Imhof wörtlich verlauten lassen: „Die FIREKO geht für die Jahre 2011 bis 2014 von einem Gesamtschaden für die Gemeinde in der Grössenordnung von 1 Million aus.“ Dies obwohl die FIREKO von der beauftragten Revisionsfirma wusste, dass die Leistungsvereinbarung inkonsistent war und einen Interpretationsspielraum bezüglich des Abrechnungsmodus zuließ – im BDO-Bericht vom 7.12.2015 ist das zu lesen. In der Einwohnerratssitzung vom Februar 2016 hat dann leider der FIREKO-Präsident den grossmehrheitlichen Antrag der FIREKO verlauten lassen, der gesamthafte Rücktritt des Stiftungsrates wäre zu prüfen. Er sagte, man habe Verfehlungen festgestellt, es gebe

sogar die Möglichkeit zu Strafanzeigen mit grosser Erfolgsaussicht. Lieber René Imhof, ich hätte mir ein bisschen mehr präsidiales Feingefühl gewünscht und nicht eine indirekte, jedoch klar formulierte Vorverurteilung der beiden GemeinderatskollegInnen Pausa und Julier.

Nochmals zum Bericht der BDO vom 7.12.2015: Schon am nächsten Tag ist in der Basler Zeitung, in einem Bericht des Journalisten, der heute hier sitzt, Herrn Joël Hoffmann, das erste Mal über die Abrechnung der Stiftung berichtet worden. Die GPK hat in ihrem Bericht ebenfalls diese zeitliche Nähe festgestellt und das Kommunikationsleck verurteilt. Meiner Meinung nach kommen nur sehr wenige Wissensträger infrage, die auch ein Interesse hatten, dies nach aussen zu kommunizieren. Nur einer von diesen und auch Herr Hoffmann, wissen davon, wie die BaZ vorgängig an den Inhalt des Berichts der BDO gekommen ist. In der Folge hat dann Herr Joël Hoffmann mehrmals, mindestens dreimal, abermals mit wiederholter öffentlicher Nennung der Gemeinderäte Pausa und Julier, sogar in der Lead- oder Headzeile, eindeutig vorverurteilt. Das ist für mich rufschädigend und somit ein Unrecht. Das braucht eine Gegendarstellung. Wie Sie sicher wissen, hat Herr Hoffmann auch über den GPK-Bericht am 12. April in seiner gewohnten Manier berichtet. Herr Hoffmann, ich frage sie heute: Was haben Sie für eine Motivation, dass sie die ethischen Grundsätze eines seriösen Journalismus so mit Füßen treten? Warum recherchieren Sie einseitig und berichten darüber wiederholt? Wie sie auch alle wissen, war im Frühjahr 2016 Gemeinderatswahlkampf. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum der Gesamtgemeinderat sich nicht vor seine KollegInnen Pausa und Julier gestellt hat. Denn erst seit dem Bericht von heute wissen wir, was wirklich Sache ist. Man hätte sich trotz des Wahlkampfes von der Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli und vom Gemeindeverwalter Dieter Pfister eine aus meiner Sicht faire Behandlung der beiden Kollegen Pausa und Julier gewünscht, was für mich bedeutet hätte, dass man unmissverständlich klar deklariert hätte, dass der Gesamtgemeinderat vor Abschluss der Bearbeitung durch die GPK alle Anschuldigungen zurückweist. Man redet ja von der Unschuldsvermutung. Leider wissen wir, dass die beiden GemeinderatskollegInnen, die nicht mehr zur Wahl standen, buchstäblich im Regen der Anschuldigungen der Basler Zeitung stehen gelassen wurden. Es kam noch schlimmer. Der Ton gegenüber der Stiftung wurde seitens des Gemeindeverwalters Pfister derart verschärft, dass die beiden Gemeinderäte – auch das hat der GPK-Präsident gesagt – doppelt gestraft wurden, weil sie zwei Hüte anhalten. Darum wünsche ich mir für die Zukunft eine professionellere Kommunikation im obersten Kader, die sicher auch zielführender ist. Nebenbei hat die GPK ja auch verurteilt, dass das Projekt FAMEX vom Gemeindeverwalter ohne Rücksprache mit den Betroffenen HAL angegangen wurde.

Was bleibt? Durch eine umtriebige wiederholte Berichterstattung in der Basler Zeitung, ausgelöst durch ein schnelles Vorpreschen der FIREKO, werden Unwahrheiten durch ständiges Wiederholen nicht wahrer. Zwei langjährig wirklich engagierte Politiker haben unter diesen kommunikativen Unzulänglichkeiten vieler Beteiligter sehr leiden müssen. Darum ist es mir heute wichtig, dass das korrigiert wird und so ins Einwohnerratsprotokoll kommt. Ich wünsche mir, wie der GPK-Präsident, für die Zukunft eine gelebte Solidarität innerhalb des Gemeinderates, der Verwaltung und der Kommissionen, bzw. bei uns im Einwohnerrat, sodass wir die Herausforderungen gemeinsam lösen können und uns allenfalls den effekthaschenden Medien nicht preisgeben und keine Vorverurteilungen vornehmen oder vornehmen lassen, bevor alle Fakten auf dem Tisch liegen, auch wenn das einmal zwei Jahre lang dauern sollte. Und es würde mich jetzt sehr freuen, wenn auch dieser Teil der Geschichte in den Medien erscheinen würde. Ich glaube, unsere KollegInnen Pausa und Julier hätten das verdient. Besten Dank für das Verständnis und die Geduld, mir zugehört zu haben.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe auch ein zweiseitiges Votum vorbereitet, aber ich werde es vehement kürzen, denn sehr vieles ist schon gesagt worden. Ich möchte in erster Linie einen ganz grossen Dank aussprechen an die GPK. Ich möchte dabei nicht mir selber danken. Ich bin ja auch, aber erst ganz neu, deren Mitglied. Ich finde, wir hatten eine gute Zusammenarbeit, eine offene und ehrliche Zusammenarbeit, eine hilfreiche und auch eine sehr kommunikative Zusammenarbeit. Wir haben uns nicht einfach nur bemüht, sondern wir haben uns sehr engagiert, um Klarheit zu finden in dieser Sache. Wir haben Anhörungen durchgeführt, Protokolle geschrieben, wir haben abgewogen und wieder korrigiert. Wir haben wirklich gekämpft für die bestmögliche Klarheit. Was hier vorliegt, ist das Resultat unserer wirklich aufrichtigen Arbeit. Die Angelegenheit war sehr schwierig, weil die Dinge auch zeitlich sehr weit zurücklagen und viele sich nicht mehr ganz genau erinnerten. Nichtsdestotrotz hiess es für uns nicht einfach „Schwamm drüber“. Wir haben die Sache ganz genau angeschaut es ist ein Bericht dabei herausgekommen. Wir als Fraktion wollen lieber nach vorne schauen mit dem neuen Gemeindeverwalter, der, wie ich hoffe, neuen Schwung hinein bringt, und der vor allem die Kommunikation pflegt. Es ist wirklich sehr wichtig, wie wir miteinander reden, wie sorgfältig wir miteinander umgehen, wie ehrlich wir sind. Da hoffe ich auf neue Wege.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich spreche für die Minderheit der Fraktion, nämlich für die GLP. Wir sind enttäuscht vom Bericht der GPK. Denn wir hatten uns Antworten erhofft auf die Frage zunächst einmal, was falsch gelaufen ist, zweitens wie es richtig hätte laufen sollen, weiterhin: Welches sind die Auswirkungen? Wo liegt die Verantwortung? Und was muss geändert werden? Antworten hierauf finden wir im Bericht nur ansatzweise. Denn es fehlt eine saubere Analyse. Offenbar wird als bekannt vorausgesetzt, was schiefgelaufen ist. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen, denn damit sind wir eigentlich auf das zurückgeworfen, was bereits in der Presse und seinerzeit im Bericht der FIREKO gestanden hat. Der Bericht macht dann ein paar diffuse Vorwürfe. Es wird gesagt, die Kommunikation sei eben schlecht gewesen. Das ist etwas, das man immer bringt, wenn man niemandem auf die Füsse treten will. Dann sagt man, es sind eben alle ein bisschen Schuld, denn man hat schlecht miteinander geredet. Dann kommt der Punkt, der jetzt als angeblich entscheidend herausgestellt wird, nämlich der kleine angebliche Widerspruch zwischen der Leistungsvereinbarung und dem Anhang. Das soll die Ursache des Ganzen gewesen sein. Und dann soll auch noch der Einwohnerrat, weil er dies nicht gemerkt hat – als ob man so eine technische Geschichte hier drin nachvollziehen könnte –, ein bisschen mit schuld sein, damit dann wirklich alle schuld sind. Aber dieser Punkt ist gar nicht entscheidend. Der Punkt ist, dass weder die Version, die in der Leistungsvereinbarung im Hauptteil drin steht, noch die Version, die im Anhang steht, umgesetzt wurde, sondern man hat einfach etwas anderes gemacht, nämlich man hat – wie vor Abschluss dieser Leistungsvereinbarung – das Defizit nach Budget gedeckt, statt dass man die erbrachten Leistungen quantifiziert und hierfür den vereinbarten Subventionssatz vergütet hätte. Und ganz offensichtlich hat man den Widerspruch zwischen der Leistungsvereinbarung und dem Anhang darum nicht gemerkt, weil man die ganze Leistungsvereinbarung nicht so umgesetzt hat. Hätte man das nämlich getan, so hätte man gemerkt, dass es dort ein Problem gibt. Dann hätte man diese Differenzen thematisieren müssen, und dann hätte ja der Gemeinderat in den Einwohnerrat kommen und eine neue Leistungsvereinbarung vorlegen können, wenn man sich mit der Stiftung geeinigt hätte. Jedenfalls hätte man das Thema aufnehmen müssen. Aber das hat man ja nicht getan. Die Geschichte mit diesem Widerspruch ist hinterher aufgekommen und ist aus unserer Sicht ein Ablenkungsmanöver. Der Bericht bleibt eine Antwort schuldig, wieso dies nicht aufgebracht worden ist, wenn doch dort ein Widerspruch gewesen sein soll. Es ist ja eigentlich auch schwer vorstellbar, dass eine Hauptabteilung mit einer Stiftung einen neuen Finanzierungsmodus aushandelt und dies durch die ganzen politischen Instanzen geht, und dass danach, wenn die Vereinbarung in Kraft ist, beide Seiten vergessen haben, dass man eigentlich ein neues System vereinbart hat, und man macht einfach weiter wie zuvor, und niemand will gewusst haben, wieso. Das ist wirklich schwer nachvollziehbar. Was bleibt als Erkenntnis? Laut GPK und dem Votum von Andreas Bammatter liegt der Fehler vor allem bei der Presse. Ich muss aber sagen, ich bin froh, dass die Presse ihre Aufgabe ernst genommen und sich nicht einfach in Hofberichterstattung geübt hat. Und ehrlich gesagt zeugte das Medien-Bashing im GPK-Bericht auch von wenig Verständnis für die Funktion, die die Presse in einer Demokratie hat.

René Imhof, SVP-Fraktion: Als ehemaliger Präsident der FIREKO möchte ich die Anschuldigungen, die von Herrn Bammatter gegen mich gerichtet wurden, widerlegen. Die FIREKO ist zuständig für Fehler, für Dinge, die nicht passieren sollten. Hätte die FIREKO das nicht herausgefunden und nichts unternommen, dann wären die gleichen Leute auf die FIREKO losgegangen und hätten gefragt: Für was haben wir euch? Wir haben klar aufgelistet, was geschehen war. Wir haben nie einen Namen genannt. Wir schalteten die BDO ein, um die Sache zu prüfen; und zusammen mit der BDO und mit Dieter Pfister, der von finanziellen Dingen ebenfalls Ahnung hat, haben wir die ganze Sache angeschaut. Dieter Pfister sagte klar, hier sind Fehler vorgekommen seitens FAMEX usw., und das haben wir – nicht einmal direkt, sondern ansatzweise – weitergegeben. So viel von meiner Seite.

Rahel Balsiger-Sonjic, FDP-Fraktion: Wir bedanken uns, dass die Arbeit der GPK jetzt gemacht ist, auch wenn es wirklich lang, lang gedauert hat. Wir sind auch der Meinung, wenn man neue Verträge und Leistungsvereinbarungen abschliesst, müssen Widersprüche, die bei der Anwendung auftreten, thematisiert werden. Für uns ist es im Weiteren ein grosses Anliegen, dass solche Dinge unter der neuen Verwaltungsorganisation aufhören, zumal es ja auch heisst, das frühere „Gärtli-Denken“ sei daran schuld gewesen, dass man die Fehler nicht bemerkte. Es soll ja künftig auch keine direkte Weisungsbefugnis eines Gemeinderats an Hauptabteilungsleiter mehr geben. Im GPK-Bericht wird der Stellenbeschrieb des Hauptabteilungsleiters erwähnt. Diesen muss man eben immer wieder verinnerlichen und bei Bedarf an neue Situationen anpassen, ergänzen usw. Auch das ist uns ein Anliegen. Dann gibt es Überlegungen zum Stiftungsratsmandat. Man liest darüber auch immer wieder in der Presse. Ich persönlich komme aus dem Gebiet der Pensionskassen. Dort sind Stiftungsratsmandate sehr anspruchsvoll und schwierig in der Thematik. Es ist eben so, dass man unter Umständen ein Stiftungsratsmandat sehr schnell angenommen hat, aber dann muss man sich

auch ziemlich schnell der Verantwortung bewusst werden und sich entsprechend aus- und weiterbilden, damit man ihm gerecht werden kann. Nach meinem persönlichen Eindruck – neben der Problematik, dass Gemeinderäte in solchen Fällen zwei Hüte aufhaben – war dies in der Vergangenheit nicht immer der Fall, auch wenn ich feststelle, dass es sich in letzter Zeit gebessert hat. Und was das Thema Kommunikation angeht, das bereits angesprochen wurde – Kommunikation ist das eine, aber Verantwortung muss man eben auch übernehmen. Ich hätte gerne aus dem GPK-Bericht etwas genauer herauslesen können, wer wofür zuständig war, wo die Verantwortungen lagen, und wo diese gelegentlich nicht wahrgenommen wurden. Und wenn es heisst, der Einwohnerrat hätte auch etwas tun sollen, so hätte mich interessiert, was genau man sich darunter vorstellt und was der Einwohnerrat wann hätte tun sollen, nachdem er ja die Leistungsvereinbarung in das operative Geschäft abgegeben hatte.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe den Eindruck, dass die neue GPK – ich hatte ja der alten angehört und werde dazu noch etwas sagen – das Bestmögliche getan hat. Davon bin ich fest überzeugt, nicht nur gefühlsmässig, sondern auch von Sache her, weil ich ja das Geschäft auch gut kenne. Dass man jetzt immer noch nicht den Durchblick hat, das möchte ich auch sagen, kann man der GPK nicht vorwerfen. Das liegt an dem Chaos, das hier geherrscht hat. Da kann man keinen besseren Durchblick schaffen, vor allem nicht nach zwei Jahren. Zu diesem Chaos möchte ich noch etwas sagen, und zwar nicht um Schuldige zu suchen oder zu finden oder an die Wand zu stellen oder in die Zeitung zu bringen, sondern weil ich froh wäre, wenn so etwas sich nicht wiederholen würde. Es gibt ein System, das heisst: Keiner schaut richtig hin; alle sagen immer, es ist alles bestens und klopfen sich gegenseitig auf die Schultern; man nimmt Alarmzeichen nicht ernst; und man tut weder fachlich noch organisatorisch etwas Wirkungsvolles und Nützlich. Dieses System nenne ich technisch das System der kollektiv organisierten Verantwortungslosigkeit. Zu diesem System gehören aber in diesem Falle nicht nur die Verwaltung und der Gemeinderat und die Stiftung, sondern auch der Einwohnerrat. Während meiner ersten Legislatur im Einwohnerrat bin ich fast verzweifelt, weil ich immer Hinweise gegeben habe auf Dinge, wo man hätte hinschauen und etwas tun sollen, aber der Einwohnerrat hat die Dinge immer durchgewinkt. Das ist kein Vorwurf, auch wenn es vielleicht so tönt. Ich bin aber wirklich fast verzweifelt. Zum System der kollektiv organisierten Verantwortungslosigkeit gehörte auch die alte GPK. Während des ganzen Jahres 2015 bis zu dem Zeitpunkt, als der Einwohnerrat der GPK den Untersuchungsauftrag erteilte, hatte ich innerhalb der GPK immer darum gebeten und Antrag gestellt, dass man dieses Thema behandelt, aber es wurde anderthalb Jahre lang nicht behandelt. Ich bin auch dort fast verzweifelt. Das ist der Grund, warum ich nicht mehr für die GPK kandidiert habe. Ich wollte nicht mehr in dieser GPK mitarbeiten, die Verantwortung nicht wahrnimmt. Die jetzige, die neue GPK, hat das gut gemacht. Die alte GPK hat ebenso versagt die anderen Verantwortungsträger. Das sollte künftig nicht mehr sein. Abschliessend würde es mich noch interessieren, vom Gemeinderat – wenn möglich heute – zu hören, was er mit den Empfehlungen tut und was er künftig aus dieser Situation heraus besser machen will.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich möchte mich, auch im Namen der SVP-Fraktion, bei der GPK recht herzlich für den guten Bericht bedanken. Man merkt, dass sehr viel Arbeit dahinter steckt. In eigener Sache möchte ich noch etwas dazu ergänzen. Ueli Keller hat es richtig gesagt: Kein Durchblick; und ich glaube, wir werden über dieses Thema auch in Zukunft nicht wirklich Durchblick haben. Ich höre jetzt, nach diesem Bericht, weitere Anschuldigungen, und wir kommen einfach nicht weiter, auch heute nicht. Ich bin der Meinung, dass wir aus den Fehlern, die passiert sind, lernen sollten, und dass wir schauen sollten, dass wir in Zukunft die Dinge genauer und besser machen.

Florian Spiegel, Präsident der GPK: Ich möchte es am Schluss nicht unterlassen, meinen Kommissionskolleginnen und -Kollegen zu danken, die in dieser anstrengenden Zeit sehr viele Aufgaben übernommen haben, sich sehr viel Zeit nahmen, um sich einzulesen und um immer wieder zusammen zu sitzen und sich die Dinge anzuschauen. Ich möchte mich aber auch bei den Mitgliedern der alten GPK bedanken, die ihre Ergebnisse zusammenfassten und sie der neuen GPK zur Verfügung stellten.

Nun möchte ich doch etwas aus meiner persönlichen Sicht sagen: Ich bin absolut der Überzeugung: Von 40 Einwohnerräten wären 38 genauso hereingefallen. Es gibt hier drin genau zwei Leute, die ich für so kompetent halte, dass es ihnen nicht passiert wäre, eine davon sitzt auf der linken und eine auf der rechten Seite. Wer sie sind, das behalte ich für mich. Aber ich bin überzeugt, die anderen 38 wären genauso hereingefallen. Das, finde ich, sollten wir heute Abend mitnehmen, wenn wir nachher hinausgehen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist nicht ganz einfach, jetzt eine kurze Zusammenfassung zu machen. Wie Henry Vogt sagte, sind jetzt weitere Anschuldigungen

aufgetaucht; ich glaube nicht, dass das zielführend ist. Der Gemeinderat hat den Bericht zur Kenntnis genommen und hat ihn auch schon inhaltlich besprochen. Für uns sind zwei Punkte wesentlich. Das eine ist die Empfehlung der GPK an den Gemeinderat, sämtliche Gemeinderäte, die heute in Stiftungsräte delegiert sind, dort abziehen. Diese Empfehlung wird der Gemeinderat angehen und umzusetzen versuchen. Das ist aber auch nicht ganz einfach, sondern es setzt noch weitere Überlegungen voraus. Mit dem Abziehen der Personen ist es nicht getan. Wir müssen dann die Führung dieser Stiftungsräte anderweitig sicherstellen. Dies haben wir auch schon versucht über das Projekt PCG, Public Corporate Government, das wir, wie Sie wissen, aufgegleist haben. Bei zwei Stiftungsräten haben wir versucht, dies durchzuführen, sind aber dort leider Gottes nicht weiter gekommen und haben es erst einmal zurückgestellt. Aber wie gesagt, wir werden das nochmals angehen. Das zweite Thema, das aus dem GPK-Bericht hervorgeht, ist dasjenige der Kommunikation. Es wurde ja auch schon gesagt: Am Ende ist immer die Kommunikation schuld. Entweder man hat zu früh kommuniziert oder zu spät oder zu wenig oder zu viel, oder was auch immer. Irgendetwas ist immer scheps an der Kommunikation. Aber nichtsdestotrotz ist der Gemeinderat auch dieses Thema bereits angegangen. Wir haben beschlossen, im Rahmen der Reorganisation den Bereich Kommunikation aufzustocken, sodass immer jemand auf der Verwaltung verfügbar ist, wenn ein Thema aufkommt. Was die Gesprächskultur im Gemeinderat angeht, so bin ich der Meinung, dass wir immer eine gute hatten. Klar hat man manchmal Auseinandersetzungen, und da ist man manchmal unterschiedlicher Meinung. Das Projekt FAMEX sieht der Gemeinderat nicht ganz so. Dort sind wir der Meinung, dass wir eigentlich nicht viel falsch gemacht haben, nachdem man gesehen hatte, dass in diesem Projekt leider zu wenig lief und man es auf stabilere Beine stellen musste. Wir sind auch der Meinung, dass dort die Departemente einbezogen worden sind, nachdem man das Projekt unter eine neue Leitung gestellt hatte. Wichtig ist für die Zukunft, dass solche Dinge nicht mehr geschehen und wir in diesem Sinne besser zusammenarbeiten können.

Dass die beiden ehemaligen Gemeinderäte Franziska Pausa und Arnold Julier in eine schwierige Rolle geraten sind, tut mir persönlich wirklich sehr leid. Letztendlich war es aber einfach ein Systemproblem, das Problem mit den Doppelvertretungen. Da war es ganz schwierig, vor diese beiden Gemeinderäte zu stehen und zu sagen: Ja, sie haben alles richtig gemacht. Denn genau diese Frage konnten wir alle im Gemeinderat damals auch nicht entscheiden. Das es zwischenmenschlich eine sehr schwierige Situation war, tut mir sehr leid.

Philippe Adam, Präsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich Artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Beratung über das Geschäft 4329 abgeschlossen. Der Bericht hat keine Anträge. Somit stelle ich auch fest, dass der Bericht zur Kenntnis genommen worden ist. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit der Karte bezeugen.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft wird grossmehrheitlich – bei 1 Enthaltung – als Ganzes abgeschlossen.

Philippe Adam, Präsident: Ich schliesse damit die Sitzung und wünsche allen einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG 21.10 Uhr